

Auftraggeber: Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Projekt: Automatisches-Fahrgastzählsystem (AFZS) - Cluster Tübingen+

Los 3: AFZ-Hintergrundsystem

**Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb eines
AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems (ENTWURF)**

Stand: 02.07.2026

Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb eines AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems

zwischen

Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Söflinger Straße 100, 89077 Ulm

Vertragsnummer / Kennung: [wird nach Zuschlag ergänzt]

- im Folgenden „Auftraggeber“ genannt

und

[wird nach Zuschlag ergänzt]

Vertragsnummer / Kennung: [wird nach Zuschlag ergänzt]

- im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt -,

- Auftraggeber und Auftragnehmer kollektiv im Folgenden „Parteien“ genannt,

Auftraggeber: Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Projekt: Automatisches-Fahrgastzählsystem (AFZS) - Cluster Tübingen+

Los 3: AFZ-Hintergrundsystem

**Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb eines
AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems (ENTWURF)**

Stand: 02.07.2026

Präambel

Die Donau-Iller-Nahverkehrsverbund GmbH (DING) mit Sitz in Ulm koordiniert seit dem 1. Januar 1998 den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Städten Ulm und Neu-Ulm sowie im Alb-Donau-Kreis, Landkreis Biberach und Landkreis Neu-Ulm. Seit 2024 agiert DING als Aufgabenträgerverbund in der Rechtsform einer GmbH mit ausschließlich öffentlichen Gesellschaftern und übernimmt im Auftrag des Landkreises Biberach die Koordination eines interkommunalen Projekts zur Einführung automatischer Fahrgastzählsysteme (AFZS) für insbesondere die 11 Stadt- und Landkreise des sogenannten „Cluster Tübingen+“. Das Cluster Tübingen+ umfasst alle Stadt- und Landkreise des Regierungsbezirks Tübingen sowie die Landkreise Freudenstadt und Heidenheim.

Ziel des Projekts ist die zeitnahe flächendeckende Einführung und der Betrieb von AFZS, um Fahrgastdaten gemäß den Anforderungen des Landes Baden-Württemberg (§§ 15 ÖPNVG BW i. V. m. ÖPNV-VO) in landesweit vergleichbarer Qualität zu erheben. Die Daten sollen über ein gemeinsames, mandantenfähiges Hintergrundsystem verarbeitet und dem Land zentral übermittelt werden. Die Landkreise Konstanz, Ortenaukreis, Rottweil und Schwarzwald-Baar-Kreis, welche nicht dem Cluster Tübingen+ angehören, beteiligen sich ebenfalls an der Rahmenvereinbarung zur Beschaffung eines autarken Fahrgastzählsystems, verbleiben jedoch hinsichtlich des Hintergrundsystems im Cluster Südbaden.

Zur Umsetzung wurden öffentlich-rechtliche Vereinbarungen nach §§ 1 und 25 GKZ geschlossen, in der die Stadt- und Landkreise ihre Zusammenarbeit regeln. Der Landkreis Biberach übernimmt unter anderem als „erfüllender/mandatierter Landkreis“ die operative Verantwortung für die Ausschreibungen, sowie die Einrichtung und den Betrieb des regionalen Hintergrundsystems (RHGS) und hat die AFZS-Servicestelle bei DING mit einem überwiegenden Anteil der damit einhergehenden Aufgaben beauftragt.

Die betroffenen Land- und Stadtkreise des Cluster Tübingen+ haben sich darauf verständigt, die Ausschreibung und Vergabe der fahrzeugseitigen Komponenten sowie des Hintergrundsystems im Rahmen von 3 Losen mittels einer gelegentlich gemeinsamen Auftragsvergabe im Sinne des § 4 VgV durchzuführen.

Die Landkreise Konstanz, Ortenaukreis, Rottweil und Schwarzwald-Baar-Kreis beteiligen sich wie beschrieben nur an der Beschaffung des autarken Fahrgastzählsystems.

Die Beschaffung und Einführung der AFZS erfolgt im Einklang mit den Fördervorgaben des Landes Baden-Württemberg, insbesondere im Rahmen des LGVFG und des Förderprogramms AFZS.

Dieser Vertrag bezieht sich auf das Los 3 - AFZ-Hintergrundsystem.

1 Vertragsgegenstand

(1) Gegenstand dieses Vertrages ist die **Cloud-Gesamtlösung** eines **AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems** in Form einer Software as a Service-Lösung (SaaS). Der Auftragnehmer übernimmt als **Managed Service Provider (MSP)** für den Auftraggeber die Bereitstellung und den Betrieb des der **Cloud-Gesamtlösung**. Die Leistung umfasst die hierfür erforderlichen **Managed Cloud Services (MCS)**, die den sicheren und ordnungsgemäßen Betrieb der Lösung ermöglichen.

Cloud-Gesamtlösung bezeichnet mithin die SaaS-Anwendung einschließlich sämtlicher **Managed Cloud Services (MCS)**, die für deren Bereitstellung und Betrieb erforderlich sind.

- a. **Managed Service Provider (MSP):** Ein Managed Service Provider ist ein IT-Dienstleister, der für den Auftraggeber die Verantwortung für den Betrieb definierter IT-Leistungen übernimmt.
- b. **Software as a Service (SaaS):** Software as a Service bezeichnet ein cloubasiertes Bereitstellungsmodell, bei dem dem Auftraggeber Anwendungssoftware einschließlich der erforderlichen Betriebsumgebung zur Nutzung überlassen wird.
- c. **Managed Cloud Services (MCS)** bezeichnen Leistungen zur ganz oder teilweisen Verwaltung und Kontrolle von Cloud-Ressourcen und darauf betriebenen Anwendungen.

Zudem schuldet der Auftragnehmer die erfolgreiche Zertifizierung des **AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems**.

(2) Die **vollständige Bereitstellung** der **Cloud-Gesamtlösung** erfolgt innerhalb eines zwischen den Parteien im Rahmen der Vertragserfüllungsphase näher konkretisierten Zeitplans. Diese Ausführungsfristen sind Vertragsstrafen relevant.

(3) Die konkret zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus **Anlage L – Leistungsbeschreibung** dieses Vertrages. Die Leistungsbeschreibung definiert die fachlichen, technischen und betrieblichen Anforderungen an die **Cloud-Gesamtlösung**.

(4) Die Leistungen bilden eine sachliche und wirtschaftliche Einheit. Der Auftragnehmer hat die beauftragte Leistung im Wesentlichen selbst zu erbringen. Es wird klargestellt, dass der Auftragnehmer damit für die reibungslose Prozessdurchführung all seiner Nachunternehmer und ggf. deren Nachunternehmer sowie für die reibungslose Integration (technisch, vertraglich, prozessual) sämtlicher Dienste zu sorgen und zu haften hat. Dies betrifft insbesondere, jedoch nicht abschließend, folgende Prozesse

- Incident & Problem Management
- Release & Patch Management
- Sicherstellung eines gesamtheitlichen SLA
- Anpassungen, die durch den AG initiiert werden

Auftraggeber: Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Projekt: Automatisches-Fahrgastzählsystem (AFZS) - Cluster Tübingen+

Los 3: AFZ-Hintergrundsystem

**Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb eines
AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems (ENTWURF)**

Stand: 02.07.2026

(5) Die **Anlage L - Leistungsbeschreibung** ist nicht abschließend und listet insbesondere die notwendigen Leistungen auf. Der Auftraggeber kann die zu erbringenden Leistungen nach Bedarf im Rahmen der Auftragsparameter abrufen und ergänzen, sofern der Gesamtcharakter des Auftrags nicht verändert wird. Der Auftragnehmer wird dies nicht unbillig verweigern.

(6) Soweit zur Erreichung der in **Anlage L - Leistungsbeschreibung** definierten Funktionalität oder Gebrauchstauglichkeit Maßnahmen, Lieferungen oder Leistungen erforderlich sind, die im Verantwortungsbereich des Auftragnehmers liegen, aber in der Leistungsbeschreibung nicht ausdrücklich genannt sind, hat der Auftragnehmer diese ohne Mehrvergütung zu erbringen.

(7) **Fortsetzungsklausel:** Nach Kündigung oder sonst nach Vertragsende hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass das vertragsgegenständliche HGS einschließlich generierter Daten für den Auftraggeber und die weiteren Nutzungsberechtigten weiterhin nutzbar bleibt. Dem Auftraggeber muss dazu etwa ein Zugriff auf den Hosting-Server (Übergabe des Admin-Passwortes) eingeräumt und/oder eine Übernahme des Hosting- oder Cloudvertrages ermöglicht werden.

(8) Die Bestandteile dieses Vertrages sind:

a. dieser Vertragstext, mit den Anlagen

Anlage	Bezeichnung	Datum Version	Anzahl Seiten
A	Anforderungskatalog des Landes Baden-Württemberg	Rev_1.1c	[wird nach Zuschlag ergänzt]
E	Erläuterungen und Konzepte des Bieters	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
L	Leistungsbeschreibung	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
P	Preisblatt	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
S	Schnittstellendefinition VDV 457-2	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]
V	Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung	[wird nach Zuschlag ergänzt]	[wird nach Zuschlag ergänzt]

b. die Ergänzenden Vertragsbedingungen für Cloudleistungen (**EVB-IT Cloud-AGB**) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung,

- c. die Ergänzenden Vertragsbedingungen für IT-Dienstleistungen (**EVB-IT Dienstleistungs-AGB**) in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung einschließlich der Muster 1 und 2,
- d. die anliegenden **Besonderen Vertragsbedingungen** zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (**Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG**) (**BVB - (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**)
- e. und danach die **Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)** in der bei Bereitstellung der Vergabeunterlagen geltenden Fassung.

Die EVB-IT AGB stehen unter www.cio.bund.de und die VOL/B unter www.bmwi.de zur Einsichtnahme bereit.

(9) Teilleistungen, die

- a. die **Cloudleistung**, in Form der Bereitstellung einer Software as a Service-Lösung zum Betrieb eines Hintergrundsystems, inklusive eines korrespondierenden Backends sowie verbundener Nebenleistungen und die Einbindung in die vorhandene Infrastruktur des Auftraggebers betreffen sowie diesbezügliche Leistungen bei Vergütung nach Aufwand folgen den Regelungen des **EVB-IT Cloud-AGB**. Dies betrifft insbesondere die **Nr. 2 und 6 der Anlage L – Leistungsbeschreibung**
- b. die **Schulungen und sonstige Dienstleistungen** betreffen, die nicht lit. a dieses Abs. (9) zugeordnet werden können, folgen den Regelungen des **EVB-IT Dienstleistungs-AGB**. Dies betrifft insbesondere die **Nr. 3, 4, 7 und 8 der Anlage L - Leistungsbeschreibung**

(10) Im Falle von Widersprüchen gilt folgende Rangfolge:

- a. Dieser Vertragstext steht den Anlagen vor.
- b. Die Anlagen gelten in folgender Rangfolge: L (Leistungsbeschreibung), P (Preisblatt), V (Vertrag zur Auftragsdatenverarbeitung), A (Anforderungskatalog), S (Schnittstellendefinition), E (Erläuterungen und Konzepte des Bieters).
- c. Die jeweils einschlägigen EVB-IT AGB gemäß Absatz (8).
- d. Soweit ein Leistungsteil mehreren EVB-IT-Vertragstypen zugeordnet werden könnte (z. B. Dienstleistungen, bei denen auch Cloud-Anteile berührt werden), gelten beide Vertragstypen nebeneinander. Im Konfliktfall geht die speziellere Regelung vor.

Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen, soweit nicht an nachrangiger Stelle ausdrücklich anderes vereinbart.

2 Vertragsbeginn, Laufzeit und Kündigung

2.1 Vertragsbeginn und Laufzeit

Der Vertrag beginnt mit Zuschlag. Der jeweilige Leistungsbeginn, als auch die Mindestvertragsdauer der einzelnen Leistungen ergeben sich aus den jeweils einschlägigen EVB-IT AGB, soweit dies in diesem Vertragstext, als auch in der **Anlage L - Leistungsbeschreibung** nicht abweichend geregelt ist.

2.2 Kündigung

(1) Dieser Vertrag kann ordentlich nicht isoliert gekündigt werden. Der Vertrag erlischt mit Beendigung der letzten Teilleistung.

(2) Das Recht der Parteien zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt hiervon unberührt.

(3) Eine Kündigung aus wichtigem Grund bedarf der vorherigen Abmahnung oder einer angemessenen Fristsetzung durch den Auftraggeber, es sei denn, dies ist gemäß § 323 Abs. 2 Nummern 2 oder 2 BGB entbehrlich, oder es liegen besondere Umstände nach § 323 Abs. 2 Nummer 3 BGB vor, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Kündigung rechtfertigen.

(4) Für den Fall der schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der sich aus der lfd. **Nr. 6.1 der Anlage L – Leistungsbeschreibung** genannten Vertragspflichten durch den Auftragnehmer oder durch einen von diesem oder einem Nachunternehmen eingesetzten Nachunternehmen hat der Auftraggeber das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund.

(5) Ein wichtiger Grund für den Auftraggeber liegt insbesondere in folgenden Fällen vor:

- Der Auftragnehmer verletzt schuldhaft und wiederholte Berichtspflichten und oder Nebenpflichten.
- Nach Vertragsschluss werden nachweisliche wettbewerbsbeschränkende Absprachen des Auftragnehmers bekannt.
- Der Auftragnehmer verletzt nachhaltig und oder in erheblichen Umfang Informationssicherheitsvorschriften.

(6) Im Fall einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages

- a. sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, nachgewiesenen und von dem Auftraggeber verwertbaren Leistungen einschließlich der für diese Leistungen nachweisbar entstandenen Nebenkosten zu vergüten oder zu erstatten. Die Abrechnung des tatsächlich bis zum Zugang der Kündigung gegebenen

Leistungsstandes erfolgt auf der Grundlage der von dem Auftragnehmer vorgelegten Unterlagen und Dokumentationen.

- b. hat der Auftragnehmer seine Leistungen so abzuschließen, dass der Auftraggeber die Leistungen ohne Schwierigkeiten übernehmen und die Weiterführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann.
- c. hat der Auftragnehmer unverzüglich und unaufgefordert sämtliche vom Auftraggeber erhaltenen Unterlagen, Hilfsmittel, Materialien oder Gegenstände herauszugeben, die ihm zum Zwecke der Vertragsausführung bestimmungsgemäß nicht dauerhaft überlassen wurden. Dies gilt auch für alle Kopien. Des Weiteren sind alle Leistungsergebnisse in jeder Form an den Auftraggeber zu übergeben.

Der Auftraggeber ist berechtigt, an Stelle der Herausgabe ganz oder teilweise die sichere Löschung oder Vernichtung zu verlangen. Diese ist dem Auftraggeber auf Verlangen und nach seiner Wahl durch entsprechende Erklärung oder anderweitig nachzuweisen. Gesetzliche Aufbewahrungspflichten bleiben unberührt.

3 Bezugsberechtigung

Neben dem Auftraggeber ist ebenfalls aus diesem Vertrag bezugs- und leistungsberechtigt:

- Landkreis Biberach, Rollinstraße 9; 88400 Biberach
USt. Id. DE 144894782
- Landkreis Alb-Donau-Kreis; Schillerstraße 30; 89077 Ulm
USt. Id. DE147040019
- Stadt Ulm; Marktplatz 1; 89073 Ulm
USt. Id. DE 1470 39924
- Landkreis Heidenheim; Felsenstraße 36; 89518 Heidenheim an der Brenz
USt. Id. DE 145617772
- Landkreis Freudenstadt; Herrenfelder Straße 14; 72250 Freudenstadt
USt. Id. DE144250325
- Landkreis Tübingen; Wilhelm-Keil-Straße 50; 72072 Tübingen
Leitweg-ID 08416-A1978-25
- Bodenseekreis; Glärnischstraße 1 – 3; 88045 Friedrichshafen
USt. Id. DE 145375220
- Landkreis Reutlingen; Bismarckstraße 47; 72764 Reutlingen
USt. Id. DE146484576
- Landkreis Sigmaringen; Leopoldstraße 4; 72488 Sigmaringen
USt. Id. DE 146812883

Auftraggeber: Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Projekt: Automatisches-Fahrgastzählsystem (AFZS) - Cluster Tübingen+

Los 3: AFZ-Hintergrundsystem

**Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb eines
AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems (ENTWURF)**

Stand: 02.07.2026

- Zollernalbkreis; Hirschbergstr. 29; 72336 Balingen
USt. Id. DE144851104
- Landkreis Ravensburg; Friedenstrasse 6; 88212 Ravensburg
USt. Id. DE 146397486

Bezugs- und leistungsberechtigt sind darüber hinaus sämtliche kreisangehörigen Städte und Gemeinden dieser Land- und Stadtkreise, sowie die für diese Land- und Stadtkreise zuständige Verkehrsverbünde (derzeit NALDO, BODO, DING, HTV und VGF) und deren zugehörige Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen.

4 Abrufberechtigte Stelle und wirtschaftlich Berechtigte

(1) Einzig abrufberechtigte Stelle ist die **Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH**, die die Koordination des Leistungsabrufs für die gemeinsame **Cloud-Gesamtlösung** als AFZS-Servicestelle übernimmt. Die **Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH** handelt hierbei ausschließlich als Koordinierungsstelle und nicht im eigenen wirtschaftlichen Interesse.

(2) Der Leistungsabruf erfolgt **durch die Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH im Namen und für Rechnung** eines einzelnen bezugs- und leistungsberechtigten Auftraggebers.

Die weiteren bezugs- und leistungsberechtigten Auftraggeber sind nicht zu eigenen Leistungsabrufen berechtigt und nutzen die **Cloud-Gesamtlösung** ausschließlich als Nutzungsberechtigte.

(3) Der im jeweiligen Leistungsabruf benannte bezugs- und leistungsberechtigte Auftraggeber wird durch den Leistungsabruf unmittelbar berechtigt und verpflichtet. Er ist insbesondere zur Zahlung der Vergütung verpflichtet.

(4) Der im jeweiligen Leistungsabruf benannte bezugs- und leistungsberechtigte Auftraggeber kann ganz oder teilweise durch einen anderen bezugs- und leistungsberechtigten Auftraggeber ersetzt werden. In diesem Fall gilt:

- a. Der eintretende Auftraggeber tritt in die Rechte und Pflichten des bisherigen Auftraggebers aus dem jeweiligen Leistungsabruf für die Zukunft ein.
- b. Bis zum Zeitpunkt des Eintritts entstandene Ansprüche und Verpflichtungen verbleiben beim bisherigen Auftraggeber, sofern die Parteien nichts Abweichendes vereinbaren.
- c. Der bisherige Auftraggeber wird ab dem Zeitpunkt des Eintritts als Nutzungsberechtigter im Sinne dieses Vertrages fortgeführt, sofern er die Leistungen weiterhin in Anspruch nimmt.
- d. Der Eintritt erfolgt durch Erklärung der **Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH** gegenüber dem Auftragnehmer.

- e. Der Eintritt bedarf der Zustimmung des Auftragnehmers. Die Zustimmung darf nicht unbillig verweigert werden. Eine Verweigerung ist insbesondere unbillig, wenn der eintretende Auftraggeber die Gewähr für eine ordnungsgemäße Vertragserfüllung bietet.

(5) Unabhängig hiervon ist vom Auftragnehmer die **Herstellung eines einheitlichen technischen Hintergrund-Gesamtsystems** geschuldet, in dem sämtliche Leistungen der bezugsberechtigten Stellen einzubinden sind.

5 Vergütung und Rechnungsstellung

5.1 Allgemeines

(1) Die Höhe der Vergütung ergibt sich aus der **Anlage P - Preisblatt**. Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung. Die vereinbarten Vergütungen verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer, soweit Umsatzsteuerpflicht besteht.

(2) Rechnungen sind an den im jeweiligen Leistungsabruf benannten bezugs- und leistungsberechtigten Auftraggeber zu richten.

(3) Rechnungen sind per elektronischer Rechnungslegung nachträglich bis zum 15. des Monats nach dem abgelaufenen Monat zu stellen.

(4) Soweit Dienstleistungen abgerechnet werden sollen:

- a. Rechnungen müssen insbesondere einen dazugehörigen ordnungs- und wahrheitsgemäß ausgefüllten Tätigkeitsnachweis der Einzelbeauftragung enthalten. Mindestangaben sind: Leistungsmonat, Auflistung und Beschreibung der Leistung, Menge / Anzahl der aufgewendeten Personentage, Einpreise netto, Summe bzw. Zwischensumme, Gesamtpreis netto. Die Beschreibung der Leistung hat dabei so ausführlich zu erfolgen, dass der Auftraggeber die hierfür aufgewendete Zeit nachvollziehen kann. Der Tätigkeitsnachweis kann auch in Textform oder in einem üblichen Dateiformat erstellt werden, muss jedoch die zur Abrechnung und Zuordnung wesentlichen Informationen, orientiert am Muster 1 zum EVB-IT Dienstleistungs-Leistungsnachweis, aufweisen.
- b. Je Kalendertag wird pro Person nicht mehr als ein Tagessatz vergütet. Der Tagessatz ist dabei der Einzelpreis eines Personentages. Ein vereinbarter Tagessatz kann nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn mindestens acht (8) Zeitstunden unter Berücksichtigung des Arbeitszeitgesetzes (ArbZG) geleistet wurden. Werden weniger als acht (8) Zeitstunden pro Tag geleistet, sind diese anteilig in Rechnung zu stellen. Bei entsprechendem Nachweis für einen erhöhten Personentag können bis zu zehn (10) Stunden unter Berücksichtigung des ArbZG geleistet und abgerechnet werden unter entsprechender verhältnismäßiger Anpassung des Tagessatzes.

5.2 Preisanpassung

Soweit an anderer Stelle nicht abweichend geregelt, findet eine Anpassung der Vergütung (**Preisanpassung**) über die Laufzeit des Vertrages statt. Die Einzelheiten ergeben sich aus den

jeweils einschlägigen EVB-IT AGB, sofern dies in diesem Vertrag, als auch in der **Anlage L – Leistungsbeschreibung** nicht abweichend geregelt ist.

6 Mitwirkungspflichten

Der Auftraggeber verpflichtet sich, den Auftragnehmer bei der Erfüllung der vertraglich geschuldeten Leistung in angemessenem Umfang zu unterstützen. Dazu gehört insbesondere die rechtzeitige Zurverfügungstellung von Informationen und Datenmaterial und der Zugang zu den Fahrzeugen, soweit die Mitwirkung des Auftraggebers erforderlich und die Erarbeitung nicht Bestandteil des Auftrages ist. Im Übrigen ergeben sich die Mitwirkungspflichten des Auftraggebers aus der **Anlage L – Leistungsbeschreibung**.

7 Dokumentations- und Berichtspflichten

(1) Der Auftragnehmer dokumentiert die durchgeführten Leistungen zeitnah in angemessener Art und Weise, soweit nicht anders vereinbart, in deutscher Sprache in einem üblichen elektronischen Format und macht sie dem Auftraggeber mit Abschluss der Leistung zugänglich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, zu jeder Zeit Einblick in den aktuellen Stand der Dokumentation zu gewähren. Im Übrigen gelten die Regelungen der **Anlage L – Leistungsbeschreibung**.

(2) Über die verbindlichen Anforderungen der **Anlage L – Leistungsbeschreibung** hinaus, erstattet der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers diesem während der Vertragserfüllungsphase jederzeit Bericht über den Stand der Leistungen.

8 Mitteilungspflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen, wenn eine Vorgabe oder Forderung des Auftraggebers oder eine sich aus den vertraglichen Pflichten des Auftragnehmers ergebende Handlung in wesentlichem Umfang fehlerhaft, unvollständig, widersprüchlich oder nicht wie vereinbart ausführbar ist bzw. eine für den Auftraggeber wirtschaftlichere Lösung besteht. Sofern mit zumutbarem Aufwand möglich, hat er dem Auftraggeber gleichzeitig die ihm erkennbaren Folgen mitzuteilen. Er haftet für die Nichterfüllung dieser Pflichten aber dann nicht, wenn er diese Umstände anlässlich der Erbringung seiner Leistungen nicht hätte erkennen müssen. Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, Untersuchungen und Prüfungen vorzunehmen, die nicht für die Erbringung der Leistungen erforderlich sind. Im Übrigen bleiben die Pflichten des Auftragnehmers aus § 241 Abs. 2 BGB unberührt.

(2) Sobald dem Auftragnehmer erkennbar ist, dass er die vereinbarten Termine oder Ausführungsfristen nicht einhalten kann, wird er dies dem Auftraggeber unverzüglich mitteilen.

(3) Die vereinbarten Mitwirkungsleistungen des Auftraggebers müssen vom Auftragnehmer rechtzeitig angefordert werden.

9 Betriebsbereitschaft

(1) Der Auftragnehmer hat die **Betriebsbereitschaft** der **Cloud-Gesamtlösung** zum vereinbarten Termin zu erklären und die **Cloud-Gesamtlösung** zur Funktionsprüfung zur Verfügung zu stellen.

(2) Zuvor ist der Auftragnehmer verpflichtet umfassende Tests zur Validierung der Systemfunktionen und -leistung, einschließlich Lasttests, Sicherheitstests und Funktionstests durchzuführen, die Ergebnisse zu protokollieren und dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen. Soweit zwischen den Parteien kein Termin vereinbart wird, hat die Betriebsbereitschaftserklärung so rechtzeitig vor dem vereinbarten Betriebsbeginn (Vertragserfüllungstermin) zu erfolgen, dass dem Auftraggeber mindestens die vereinbarte Funktionsprüfungszeit vor dem Betriebsbeginn zur Verfügung steht.

(3) Die Erklärung der Betriebsbereitschaft setzt voraus, dass der Auftragnehmer die **Cloud-Gesamtlösung** vertragsgemäß hergestellt hat (die Leistung also störungsfrei funktioniert) und die zur Durchführung der Funktionsprüfung vereinbarten **Schulungen** durchgeführt wurden. Abweichend davon kann der Auftragnehmer die Betriebsbereitschaft auch ohne vorherige Schulung erklären, sofern der Auftraggeber dem Auftragnehmer trotz Aufforderung nicht ausreichend Gelegenheit dazu gegeben hat.

(4) Die Funktionsprüfung erfolgt nach der **Erklärung der Betriebsbereitschaft** in der vertraglich vereinbarten Systemumgebung, soweit nichts anderes vereinbart ist. In der Funktionsprüfung werden die **Cloud-Gesamtlösung** oder die Teilleistungen auf Mangelfreiheit überprüft. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber bei der Vorbereitung und Durchführung der Funktionsprüfung in angemessenem Umfang unterstützen. Die detaillierten Modalitäten werden zwischen den Parteien vereinbart.

(5) Die Erklärung der Betriebsbereitschaft von Teilleistungen darf nur erfolgen, wenn dies ausdrücklich vereinbart sind; in diesem Fall erfolgt die Erklärung der Betriebsbereitschaft für die vereinbarten einzelnen Teile des **Cloud-Gesamtlösung**.

(6) Der Auftragnehmer protokolliert die Betriebsbereitschaft und stellt das Protokoll dem Auftraggeber unverzüglich zur Verfügung.

(7) Ergänzend gelten die Regelungen der **Anlage L - Leistungsbeschreibung**.

10 Haftung

10.1 Haftungsregelungen

(1) Die Vertragsparteien haften einander nach den gesetzlichen Bestimmungen, soweit in diesem Vertrag keine anderweitigen Regelungen getroffen sind.

(2) Bei leicht fahrlässigen Pflichtverletzungen wird die Haftung für den Vertrag insgesamt grundsätzlich auf den Auftragswert beschränkt. Im Falle von Sachschäden ist die Haftung auf drei Million Euro beschränkt, wenn der Auftragswert geringer als drei Million Euro ist.

(3) Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre, sofern nicht dem Auftragnehmer die Pflicht zur Datensicherung obliegt.

(4) Die vereinbarten Haftungsbeschränkungen des Auftragnehmers gelten nicht im Fall von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten. Weder durch diesen Vertrag noch durch eine AV werden etwaige gesetzliche Rückgriffsansprüche des Verantwortlichen (insbesondere solche gem. Art. 82 Abs. 5 DS-GVO) begrenzt, wobei der Auftragsverarbeiter dabei auch für die Verantwortungsanteile seiner Subunternehmer von dem Verantwortlichen in Anspruch genommen werden kann.

(5) Die Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche wegen Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, bei Arglist, soweit das Produkthaftungsgesetz zur Anwendung kommt, sowie bei Garantieverprechen.

10.2 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer weist bei Abschluss des Vertrages dem Auftraggeber nach, dass er über eine in Rahmen und Umfang marktübliche Industriehaftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU verfügt.

(2) Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz bis zum Vertragsende aufrechterhalten, mindestens aber bis zur Verjährung der Mängelansprüche. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber nach erfolgloser angemessener Fristsetzung zum Rücktritt berechtigt, wenn ihm ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zuzumuten ist. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt. Nach Gesamtabnahme tritt an die Stelle des Rücktrittsrechts das Recht zur Kündigung des Vertrages.

11 Datenschutz und Informationssicherheit, Vertraulichkeit

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet seine Leistungen so zu erbringen, dass sie dem aktuellen Stand der Technik und der Informationssicherheit entsprechen und die aktuellen Bestimmungen zum Datenschutz eingehalten werden.

(2) Der Auftragnehmer verfügt für die Bereitstellung der Leistung (inklusive der dazu notwendigen infrastrukturellen, organisatorischen, personellen und technischen Komponenten) über ein angemessenes, dokumentiertes und implementiertes **Sicherheitskonzept** und ein **Informationssicherheits-Managementsystem** (ISMS) jeweils gemäß ISO IEC 27001 oder vergleichbar, einschließlich eines **Notfall-Managements** gemäß BSI-Standard 100-4 bzw. nach dessen Inkrafttreten BSI Standard 200-4 oder ISO 22301.

(3) Der Auftragnehmer verfügt über einen IT-Sicherheitsbeauftragten mit der erforderlichen Fachkunde und teilt dem Auftraggeber dessen Kontaktdaten auf Anforderung mit. Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber zeitnah und in angemessener Form von ihn betreffenden Sicherheitsvorfällen. Sofern durch den Auftraggeber ein **IT-Sicherheitsbeauftragter** oder eine andere Person für den Empfang solcher Informationen benannt wurde, folgt die Information unmittelbar an diesen.

(4) Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter halten während der gesamten Vertragslaufzeit und auch darüber hinaus die Vorgaben des Vertrages zur Informationssicherheit und Datenschutz ein.

Auftraggeber: Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Projekt: Automatisches-Fahrgastzählsystem (AFZS) - Cluster Tübingen+

Los 3: AFZ-Hintergrundsystem

**Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb eines
AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems (ENTWURF)**

Stand: 02.07.2026

(5) Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Anforderung nach diesem Vertrag und den Anlagen entsprechend auch bei Einsatz eines Unterauftragnehmers und dessen Mitarbeitern sicherzustellen.

(6) Ergänzend zu den in dem Vertrag bereits enthaltenen Regelungen über die Verarbeitung (im Sinne des Art. 4 Nr. 2 der EU-Datenschutzgrundverordnung („DS-GVO“)) personenbezogener Daten wird folgendes vereinbart:

- a. Der Auftragnehmer ist verpflichtet sämtliche Vorgaben des anwendbaren Datenschutzrechts einzuhalten. Er verpflichtet sich insbesondere auch folgende Regelungen – soweit relevant – zu beachten: § 30 Abgabenordnung (AO), Steuerdatenabrufverordnung (StDAV) und § 203 Strafgesetzbuch (StGB).
- b. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass der Auftraggeber die Einhaltung sämtlicher vertraglicher und gesetzlicher Datenschutzregelungen durch den Auftragnehmer im angemessenen Umfang kontrollieren kann. Auf Verlangen sind dem Auftraggeber dabei insbesondere auch Nachweise über die Einhaltung der vertraglichen und gesetzlichen Datenschutzregelungen durch etwaige Unterauftragnehmer sowie durch sonstigen zur Vertragserfüllung eingesetzte Dienstleister vorzulegen.

(7) Soweit der Auftragnehmer als Auftragsverarbeiter gemäß Art. 28 DS-GVO personenbezogene Daten im Auftrag im Sinne des Art. 28 Abs. 3 DS-GVO („Auftragsverarbeitung“) verarbeitet, verpflichten sich die Parteien, soweit gesetzlich erforderlich oder in der Sache notwendig, eine „Vereinbarung über die Datenverarbeitung im Auftrag“ („AVV“) gemäß Art. 28 Abs. 3 DS-GVO abzuschließen. Eine Mustervereinbarung ist diesem Vertrag als **Anlage V** beigelegt.

(8) Soweit erforderlich wird der Auftragnehmer den Auftraggeber bei der Erstellung einer **Verarbeitungsdocumentation** unterstützen. Der Auftragnehmer stellt hierzu insbesondere eine detaillierte Prozessbeschreibung der Software zur Verfügung, aus der hervorgeht, „wer“ „welche“ Daten / Datenkategorien „wo“ und „wie“ verarbeitet.

(9) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur unbedingten Verschwiegenheit und Geheimhaltung aller Vorgänge, welche im Zusammenhang mit der Bearbeitung der Leistung unmittelbar zu seiner Kenntnis gelangen sowie über Inhalte zu internen Geschäftsprozessen des Auftraggebers.

(10) Der Auftragnehmer hat alle ihm im Rahmen der Vertragsdurchführung bekannt gewordenen internen Unterlagen (Schriftstücke und Datenträger) der Auftraggeberin und Dritter vertraulich zu behandeln und – soweit sie sich in seinem Besitz befinden – nach Vertragsdurchführung an den Auftraggeber herauszugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht steht dem Auftragnehmer nicht zu.

(11) Der Auftragnehmer hat alle im Rahmen der Vertragsdurchführung erstellten Unterlagen und Ergebnisse vertraulich zu behandeln. Eine Weitergabe an Dritte ist nur in Absprache mit dem Auftraggeber gestattet. Soweit Erfüllungsgehilfen oder sonstige Dritte von dem Auftragnehmer vertragsgemäß solche Unterlagen zugänglich gemacht werden, hat er auch diese zur vertraulichen Behandlung derselben zu verpflichten.

(12) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Einhaltung der Vorgaben an diese Nr. 11 dem Auftraggeber nachzuweisen.

12 Datenwirtschaft

(1) Sämtliche Rechte an den dem AFZS zur Verfügung gestellten Daten verbleiben beim Auftraggeber. Dies gilt gleichermaßen für etwaige durch die Plattform aufbereiteten, verschnittenen und oder ggf. visualisierten Daten. Der Auftragnehmer darf die Daten nur zum Zwecke der Auftragserfüllung (z.B. Kalibrierung, Verifikation, Wartung, vorbeugende Maßnahmen, etc.) nutzen.

(2) Sofern ein urheberrechtlicher Schutz an den Daten entsteht, gelten diesbezüglich die Rechte im Sinne der Zif. 14.3 der EVB-IT Cloud-AGB:

- a. Der Auftraggeber kann diese Daten in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form, körperlich oder unkörperlich, dauerhaft, unwiderruflich und unkündbar, örtlich und zeitlich unbeschränkt nutzen oder durch Dritte nutzen lassen und ist zudem berechtigt die Daten auch anderen öffentlichen Auftraggebern im Sinne des §§ 99 ff. GWB und auch an nicht öffentliche Auftraggeber bereitzustellen, also soweit erforderlich auch unterzulizenzieren. Dies gilt auch über die Laufzeit des Vertrages hinaus.
- b. Zu nutzen heißt insbesondere dauerhaft oder temporär zu speichern und zu laden, sie anzuzeigen und ablaufen zu lassen, auch soweit hierfür Vervielfältigungen notwendig werden. Die Daten dürfen abgeändert, übersetzt, bearbeitet oder auf anderem Wege umgestaltet werden; auf einem beliebigen Medium oder in anderer Weise gespeichert, vervielfältigt, ausgestellt, insbesondere nichtöffentlich oder öffentlich wiedergegeben werden, auch durch Senden, Bild-, Ton- und sonstige Informationsträger und Funksendungen, sowie öffentlich zugänglich gemacht, in Datenbanken, Datennetzen und Online-Diensten eingesetzt werden. Eingeschlossen ist das Recht die Daten den Nutzern der vorgenannten Datenbanken, Netze und Online-Diensten zur Recherche und zum Abruf mittels vom Auftraggeber gewählter Tools bzw. zum Herunterladen zur Verfügung zu stellen, als auch durch Dritte zu nutzen und zu bearbeiten oder für den Auftraggeber betreiben zu lassen, nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern auch zur Erbringung von Leistungen an Dritte einzusetzen.

13 Vertragsstrafen

Es finden die jeweiligen einschlägigen Regelungen der EVB-IT AGB Anwendung.

14 Schlussbestimmungen

(1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Dieser Vertrag und seine Änderungen sowie alle für diesen Vertrag relevanten Erklärungen, Mitteilungen und Dokumentationen bedürfen der Schriftform, soweit nicht eine andere Form vereinbart oder die Textform vorgesehen ist.

(2) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

(3) Gerichtsstand ist Ulm.

(4) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein, wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich für diesen Fall, die unwirksame Regelung durch solche Regelungen zu ersetzen, die den

Auftraggeber: Donau-Iller-Nahverkehrsverbund-GmbH

Projekt: Automatisches-Fahrgastzählssystem (AFZS) - Cluster Tübingen+

Los 3: AFZ-Hintergrundsystem

**Vertrag über die Bereitstellung und den Betrieb eines
AFZ-Hintergrund- und Auswertungssystems (ENTWURF)**

Stand: 02.07.2026

unwirksamen Bestimmungen so weit wie möglich entsprechen. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken der Leistungsvereinbarung.

_____, den _____

Ort Datum

_____, den _____

Ort Datum

Unterschrift Auftraggeber
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftragnehmer
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftraggeber
(Name in Druckbuchstaben)

Unterschrift Auftragnehmer
(Name in Druckbuchstaben)